Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 70 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7217.

Telephon Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt“.

Inserationsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 22. Montag, den 27. Januar 1902. 13. Jahrgang.

Wolfgang Heine.

Vor einer dichtgeschaarten Menge von Frauen und Männern sprach gestern Abend im großen Saale unseres „Gewerkschaftshauses“ Genosse Wolfgang Heine, Reichstags-Abgeordneter für Berlin III über „Die politische Aufgabe der Sozialdemokratie und die Reichstagsnachwahl in Breslau-West“. Die Versammlung bedeutet einen vollen Erfolg für unsere Sache, Dank den ganz ausgezeichneten Darlegungen des Referenten. Der Vortragende verschmähte alle äußerlichen, starken Mittel und jede Effekthascherei. Schlicht, in feiner, ja vornehmer Form, behandelte er sein Thema. Dabei aber waren seine Ausführungen getragen von entschiedener Kraft und unerschütterlicher Ueberzeugung, so daß immer wieder Beifallsstürme der Zuhörer Beweis gaben von der lebendigen Wirkung dieser Rede. [illegible] Spott, ätzende Ironie bei der Behandlung der Gegner wechselten mit gemütlich humorvollen Bemerkungen und tiefen Gedanken über Welt und Menschen. Es hat in der That bisher nur selten Gelegenheit gegeben, den Breslauer Arbeitern eine derart bedeutende rednerische Leistung vorzuführen. Und lebhaftester Beifall bewies das Einverständniß der Versammelten, als nach Beendigung des Vortrages der Vorsitzende, Genosse Bruhns, dem Referenten den herzlichen Dank für seine kraftvollen, funkensprühenden Darlegungen aussprach. Wir geben im Nachfolgenden einen möglichst ausführlichen Bericht über den Vortrag, müssen bei dem großen Umfang des Stoffes jedoch den Bericht in einigen Fortsetzungen bringen.

Nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag forderte der Vorsitzende zunächst etwaige Gegner auf, sich zum Worte zu melden. Das geschah jedoch trotz mehrmaliger Aufforderung nicht. Der Vorsitzende machte dann zunächst die Mittheilung, daß am 10. Februar in einer Volksversammlung Genossin Lily Braun referiren werde. In einer Wählerversammlung werde sich demnächst auch wieder unser Kandidat, Eduard Bernstein, hören lassen. (Beifall.) Bei den Gegnern sei vom Wahlkampf noch nichts zu spüren, nur die Kandidatenfrage sei erledigt. Man werde uns dadurch nicht in Sicherheit wiegen. Vom Kandidaten der Konservativen und des Zentrums, Herrn Justizrath Bellerode, sei dieser Tage in einem politischen Verein von Herrn Rechtsanwalt Peucker mitgetheilt, daß Herr Bellerode sich einer bestimmten Partei nicht anschließen werde. Er will also im Falle seiner Wahl sich zu den „Wilden“ zählen. Die Sozialdemokraten werden am 20. März dafür sorgen, daß Herr Justizrath Bellerode nicht „wild“ zu werden braucht. (Heiterkeit und Beifall.) Bemerkenswerth ist immerhin die Art, wie man hier politisch indifferente Leute für den Konservativen einzufangen sucht durch die angebliche „Parteilosigkeit“ des Kandidaten. Redner ermahnt die Breslauer, sich an Schaumburg-Lippe ein Beispiel zu nehmen und dafür zu sorgen, daß das Wahlresultat vom 20. März eine vernichtende Verurtheilung der Zollwucherpolitik ausspreche. Dazu könnten auch die Frauen durch eifrige agitatorische Arbeit mitwirken.

In einem dreifachen brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie klang die vortrefflich verlaufene Versammlung aus. Wir lassen nun den Bericht über Genossen Heine's Vortrag folgen:

Geehrte Versammlung!

Wenn ich vor Ihnen über die politische Aufgabe der Sozialdemokratie sprechen will, so muß ich voraus schicken, daß ich dabei nicht an das denke, was mit einem von unseren Gegnern spöttisch aufgebrachten, von uns aber angenommenen Ausdrucke **„Der Zukunftsstaat“** genannt wird, oder was man neuerdings als **das Endziel** zu bezeichnen pflegt.

Nicht etwa, daß ich diese Gedanken über die endliche Zukunft der Gesellschaft geringschätze oder verwürfe. Wer ernsthaft seine Mitmenschen liebt und für sie lebt, und das thut jeder **ehrliche Politiker**, dem schwebt auch ein Idealbild vor, wie Staat und Gesellschaft eingerichtet sein und leben sollten. Und um so wichtiger und bedeutsamer werden solche Zukunftsbilder, je mehr sie sich über blos persönliche Phantasien und abstrakt vergemeinsamen **Wünsche** und Bedürfnisse ihrer Leiden und Entbehrungen, mit einem Worte **Massenideale sind**, in denen, wie auf der Negativplatte, das hell erscheint, was im Leben dunkel ist.

Ich weiß wohl und will es, um nicht einseitig zu erscheinen, erwähnen, daß bei der Ausbildung des **Zukunftsideals einer Gesellschaftsklasse** noch manches Andere mitwirkt: Die Ueberlieferungen der Religion und Sitte, die Lehren der Weisen, die Forschungswahrheiten der Gelehrten, dazu allgemeine grundlegende Eigenschaften des menschlichen Geistes und freilich auch manche menschlichen Schwächen, aber das eigentliche charakteristische Gepräge erlangt das Ideal als Massenerscheinung erst dadurch, daß es von den Interessen und Bedürfnissen einer strebenden Klasse getragen wird.

Das Ideal, dem die Sozialdemokratie dient, ist das des kämpfenden Proletariats, d. h. der durch die wirthschaftliche Entwickelung des letzten Jahrhunderts geschaffenen arbeitenden Klasse im weitesten Sinne.

Was zeigt dieser die Gegenwart? Physischen Hunger und geistige Noth, körperliches und moralisches Dahinsiechen, Krankheit und Verbrechen, öde **verzehrende Abrackerung** im Dienste des Erwerbs, die keinen Raum läßt zur Pflege des Leibes und der Seele, für die Gebote der Pflicht und der Liebe, nicht einmal den Nächsten gegenüber; geschweige denn für den Dienst der Menschheit.

Und das Alles als Folge planlosen Wirthschaftstreibens. Dem entsprechend entwickelt sich das soziale Zukunftsideal des Proletariats, freilich nicht ohne Anlehnung an die überlieferten Kulturideale.

Es zeigt uns eine planmäßig geleitete und doch **freie Gesellschaft**, ohne Unterdrückung, in der alle Gaben, die die Natur geschaffen und verliehen hat, bewußt zur Reife gebracht werden, und wirken können im Dienste der Allgemeinheit, eine Gesellschaft, in der die Arbeit nicht niederdrückende Plage, sondern Ehre und soziale Pflicht ist, die freudig erfüllt wird. Eine Gesellschaft, in der der Genuß, geläutert durch wahre Bildung, gleich weit entfernt ist von wüstem Prassen wie von dem geistlosen Rausch, durch den sich das Elend über seine Lage hinwegtäuscht, eine Gesellschaft —, aber ich will das nicht weiter ausspinnen.

Solche Dinge muß sich Jeder selbst ausmalen, da thut das individuelle Bedürfniß des Einzelnen das Beste. Es hat für Sie gar kein Interesse zu hören, was sich meine Phantasie noch Alles für Zukunftsbilder schaffen könnte, ganz abgesehen davon, daß ich überhaupt nicht die schöpferische Kraft eines poetischen Talents besitze, sondern ein staubtrockener Aktenmensch bin.

Ich meine aber auch, daß das Ideal nicht auf den Markt und in das Gewühl des täglichen Kampfes getragen zu werden braucht.

Es führt sein eigenstes Leben in unserem Innern. Entsteht es auch unter dem Banne der Kräfte unserer Zeit und Umgebung, so muß es doch jeder Einzelne in sich hegen mit ganzer Seele und ausbilden nach seinen persönlichen Eigenschaften und Bedürfnissen.

Dann wird es seine Zauberkräfte zeigen, indem es ihn durchglüht und durchleuchtet mit den edelsten Gefühlen und Kräften, das Niedrige verzehrt, das Hohe erweckt, Muth und Spannkraft stärkt und ihn erfüllt mit der frohen Gewißheit sicheren Erfolges.

Aber dazu ist es nicht nöthig, immerfort davon zu reden, ja — einem rechten Kerl geht es wider die Scham, von solchen inneren Erlebnissen viel zu erzählen, wie auch ein braver Bursch davon schweigt, was er bei seinem Mädel erlebt hat.

Der wahre Werth und die unmittelbare Bedeutung des Ideals liegt ja auch eben in einer innerlichen Wirkung auf die Person, die von ihm erfüllt ist, erst mittelbar tritt es dann in den Thaten seiner Träger nach außen in die Erscheinung.

Das Ziel, das eine Klasse hoffen, von dem sie träumen mag, ist ihr Ideal.

Aber was sie thun muß, getrieben von dem Zwange der Thatsachen ist ihre Aufgabe. (Lebhafte Zustimmung.)

Gleich dem Schiffe des Entdeckers strebt sie nach der noch nicht geschauten Küste des Ideals. Die treibende Kraft der geschichtlichen Thatsachen, namentlich der wirthschaftlichen Entwickelung bläht ihre Segel, aber **nie** dürfte sie hoffen das ersehnte Land zu erreichen, wenn sie nicht das **Auge ihres Verstandes kühl und klar** auf den **Kompaß der Wissenschaft gerichtet** hätte und wenn sie nicht mit männlich starker sicherer Hand das Steuer zu regieren wüßte. (Stürmischer Beifall.)

Beschäftigen wir uns also mit diesen Handlungen, die der sozialdemokratischen Politik obliegen, mit der politischen Aufgabe der Sozialdemokratie in der Gegenwart und nächsten Zeit. Wenn wir diese Aufgabe zunächst allgemein umgrenzen wollen, so ist das Nächstliegende, daß die Sozialdemokratie die Klasse, die sie vertritt, das Proletariat aus der heutigen Unterdrückung retten, ihm zur Entwickelung aller seiner Lebenskräfte verhelfen muß. Aber das ist noch nicht alles.

Schon daß das Proletariat die an Zahl stärkste aller Klassen ist, giebt seinem Streben eine besondere Bedeutung.

Es ist aber auch die zeitlich neueste, die jüngste Klasse. Deshalb **fließen ihm alle neuen Gedanken zu**, alles neue **Empfinden** und **Wissen**, alle Menschen die wahrhaft neu und zeitgemäß fühlen. (Beifall.)

So wird die Sache des sozialdemokratischen Proletariats zur **Sache der Nation** und seine Aufgabe erweitert sich über den Kreis seiner engeren Klasseninteressen hinaus zu der, die **Zukunft unserer Nation zu begründen**, eine **politische Wiedergeburt des deutschen Volkes herbeizuführen**, der sich dieses nicht entziehen kann, wenn anders unsere Nation leben bleiben will. (Lebhafter Beifall.)

Und die Sozialdemokratie ist sich der Wichtigkeit dieser Aufgabe auch **im nationalen Interesse voll bewußt**.

Es ist eine alberne Mode, wenn sich gewisse Parteien die **nationalen** nennen im Gegensatz zu uns, und wenn sie uns vorwerfen, daß wir uns die **internationale Sozialdemokratie** nennen.

Das ist kein Gegensatz zwischen der Anerkennung der internationalen Bedeutung, die jeder großen Geistesbewegung eigen, und der Anerkennung der **Bedeutung nationalen Lebens**.

„National ist uns freilich nicht, was offizielle Repräsentanten des Staates grade gut heißen; dieser Standpunkt ist auch zu lächerlich gerade für Deutsche, die aus ihrer Geschichte sehr gut wissen, wie gehässig die offiziellen Kreise lange Zeit die Gedanken, Namen und Abzeichen der nationalen Einheit verfolgt haben, solange sie ihrem Interesse zuwider war.

National ist uns auch nicht die närrische **Rassenreinheitsschnüffelei**. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Wir wissen, daß eine **Nation** eine **geschichtlich gewordene Kulturgemeinschaft** ist, daß sie alles umfaßt, was an dieser Kulturgemeinschaft Theil hat und daß nicht national ist, was ihr fremd ist. Wir wissen, daß eine Volksgemeinschaft aufhört, eine

Unter den Dolomiten.

Roman von Konrad Telmann.

94] (Nachdruck verboten.)

Als Innocenz seine Last niedergelegt hatte, schloß er sich abermals Josef Ladurner an, der mit einigen anderen Männern die Bergung der Verwundeten in Angriff nahm. Auch hier zeigte der Pfarrer von Moosbrunn sich voll unermüdlichen Eifers, thatkräftig, umsichtig und opferbereit. In all' diesen Tagen hatte Innocenz schon gelernt, in Josef Ladurner einen echten und wahren Priester zu erkennen, der nur nicht an seinen richtigen Posten gestellt worden war; in diesen letzten Stunden bewunderte er ihn.

Auf seinen machtvollen Schultern trug der Pfarrer einen nach dem andern von den Verwundeten aus der Kirche. Er selbst wälzte die Lasten von ihren Gliedern fort, unter denen sie ächzten, er selbst grub sie aus Schutt und Geröll an's Tageslicht und in's Leben zurück.

Als zuletzt alle Anderen, auch Innocenz, ihm dringend riethen, die Kirche nicht mehr zu betreten, weil sich ein verdächtiges Knarren und Bersten in dem noch gebliebenen Rest des Daches hören ließ, und man auf einen Nachsturz von Trümmerwerk gefaßt sein mußte, eilte er doch noch einmal hinein, weil er bestimmt ein leises Wimmern unter einem der Schutthaufen gehört zu haben glaubte. Da ward ihm sein heldenmüthiges Wagniß zum Verhängniß. Kaum hatte er den halb zerstörten Raum wieder betreten, als mit donnerähnlichem Krachen abermals ein Theil des noch übriggebliebenen Daches zusammenstürzte und ihn unter zersplitternden Trümmern begrub.

Ein Schrei der Angst und des Entsetzens brach von den Lippen Aller, die das Gräßliche thatenlos mit ansehen mußten. Dann übernahm Innocenz die Leitung der Rettungsversuche, ja, als Keiner sich voranwagte, griff er selber nach Spitzhacke und Schaufel und drang als der Erste in das Trümmerfeld ein. Das eiferte Andere an, ihm nachzufolgen. Nach einer halben Stunde angestrengter, mühseliger, gefahrvoller Arbeit förderten sie den Körper des Verschütteten wirklich zu Tage, aber kein Athem war mehr in seiner Brust.

Josef Ladurner war todt. Friedlich und stolz zugleich lächelnd, lag er, wie ein Held auf der Wahlstatt, in der Kirche, in der er jahrzehntelang einem eisernen Zwange, einer mechanischen Gewohnheit gehorchend, seines Amtes gewaltet hatte, und die doch erst in diesen Tagen des Gerichts wahrhaft zu einer Stätte seines mannhaften Wirkens, zu einem Schauplatz seines ehrlichen Wollens und großherziger Opferbereitschaft geworden war. Er war nun doch einen schönen Tod gestorben, einen schöneren, als er ihn sich je hätte träumen lassen; die Kirche, in der seine Worte immer nur wie ein tönendes Erz und eine klingende Schelle geballt hatten, lag in Trümmern [illegible] hier, aber Innocenz war es, als habe dieser Todte in den vergangenen Tagen sich eine schönere und größere auferbaut, in welcher er ein wahrer Priester des Gottes gewesen war, der da die Liebe ist.

Und über seinen Leichnam, unbekümmert um all' das erschrocken gaffende Volk umher, mit einem Aufschrei echten Seelenschmerzes warf sich ein Weib, das mit ihren Thränen und Küssen heute und hier zum ersten Male ungescheut vor Allen bekannte, daß sie dieses Priesters Weib gewesen, daß sie ihn als sein Weib geliebt hatte. Man hatte Mühe, die Moidel endlich von der Leiche des Pfarrers Josef Ladurner fortzubringen. —

Die Leitung über die Moosbrunner Gemeinde, die nunmehr in den selbstgezimmerten Holzbaracken am Berge Obdach gefunden hatte, war nach des Pfarrers Tode naturgemäß auf Innocenz übergegangen, und er gab sich der Erfüllung aller seiner neuen, ernsten Pflichten mit rücksichtslosem Opfermuthe hin, die Todten mußten bestattet, die Kranken gewartet, die Verwundeten gepflegt werden. Daneben galt es, zu trösten, zu ermahnen und aufzurichten. Und Innocenz hielt strenge Zucht, welche die allmählich verwildernden Gemüther nöthig machten.

Er selbst gönnte sich keine Ruhe. In der Ulrichskapelle, unter den gedunkelten und beschädigten Fresken des großen Venezianers, die ihm zuerst die Ahnung von seinem Künstlerberuf geweckt hatten, hatte er sich selber heimisch gemacht, um von hier aus die Ordnung alles Dessen zu betreiben, was in seine Hände gegeben war.

Nicht mehr lange aber hatte er die Bürde einer schweren Verantwortung auf seinen Schultern zu tragen. Die harte Zeit der Prüfung ging vorüber. Der Sturm hatte sich ausgetobt, die Regengüsse hörten auf, die Wasser begannen sich zu verlaufen. Fast um die gleiche Zeit traf auch die Hilfe der Regierung ein. Es kamen Ingenieure und Soldaten, die ausgeschickt waren, die Rettungsarbeiten in Angriff zu nehmen; aber erst jetzt nach herber Arbeit drunten im Thal hatten sie bis zu der weltabgelegenen Lahn vordringen können. Auch Lebensmittel und Geldsummen aus den in aller Welt für die Ueberschwemmten Tirols veranstalteten Sammlungen gelangten jetzt nach Moosbrunn zur Vertheilung.

Die augenblickliche Noth war gestillt, die Sorge für die Zukunft verläßlichen Kräften anvertraut. Jetzt galt es, daß Jeder mit neuem Muth sich wieder sein Leben aufbaute. Mehr und mehr traten die Wasser zurück, das Feld für die Arbeit ward frei.

Da regte der unausrottbare Selbsterhaltungstrieb sich wieder in den Menschen, und auf der gleichen Stelle, wo ihre Hütte von den fessellos tobenden Elementen zerstört worden war, fingen sie an in nicht zu ertödtendem, zähem Heimathssinn sich die neue aufzurichten. Hundert fleißige Hände begannen sich zu regen. Und nun ward auch das schwierig-mühevolle Werk der Wasser-Regulirung in den Flüssen und Bächen der Dolomiten von den sachkundigen Helfern erwogen und in Angriff genommen.

Unter solchen Verhältnissen durfte Innocenz endlich an sein Scheiden von der Lahn und an sich selber denken. Und es kam ein nahm und mit ihr in den frischen Tag hinauswanderte. Sie hatten von Niemandem Abschied zu nehmen, nur Gräber ließen Beide ja hier zurück, und Niemand legte ihnen mehr Hindernisse in den Weg, als sie gingen.

Selbst der Meßner hätte es wohl kaum gewagt, wenn er nicht ohnehin schwer krank an einer Verwundung in der Ulrichskapelle darniedergelegen hätte. In diesen Zeiten der Heimsuchung hatte Jeder zuviel mit sich selber zu thun, als daß er sich um der Anderen Thun und Lassen noch hätte bekümmern wollen und können. Der Meßner hatte zwar häufig seiner feindseligen Gesinnung gegen Innocenz jetzt offen Ausdruck gegeben und Filomena mit Entschiedenheit für sich zurückverlangt, er würde auch vielleicht dem abtrünnigen Priester, wenn er dessen Absichten errathen hätte und eine Verbindung mit dem Kloster zu Greifenburg möglich gewesen wäre, jede nur erdenkbare Schwierigkeit bereitet, ja, den Angeber und Häscher ihm gegenüber gespielt haben, hätten ihn nicht Innocenz' drohende Augen darüber aufgeklärt, daß dieser gebotenen Falls zum Aeußersten entschlossen gewesen und vor nichts mehr zurückgeschreckt wäre. Bartholomäus Innerkofler war zu feige, um es darauf ankommen zu lassen, und jetzt wußte er in seinen Fieberdelirien nicht einmal, was vorging.

Der Bürgermeister von Moosbrunn aber hatte beschlossen, einen von allen Gemeindegliedern zu unterzeichnenden Brief an das Kloster zu Greifenburg zu richten, in welchem der Verdienste des Vaters Innocenz, um die Gemeinde in der Zeit der furchtbaren Ueberschwemmung in den rühmlichsten Worten gedacht und woran die Bitte geknüpft werden sollte, ihnen diesen edlen und hochherzigen Priester zum ständigen Seelsorger an der nun verwaisten Stelle zu gewähren, auf welcher Josef Ladurner gestanden hatte.

Innocenz und Filomena wanderten die Straße von Moosbrunn nach St. Ulrich. Sie hielten sich bei der Hand und sahen sich zu manchen Malen mit leuchtender Glückszuversicht in die Augen, die sich einem neuen Leben entgegenrichteten. Als sie an den Hügel kamen, auf dem einst das verwitterte Heiligenbild gestanden hatte, bei dessen Bekränzung Filomena Innocenz einen Arm voller Blüthen in den Schooß geworfen, sahen sie, daß die Fluth den Hügel zerrissen und das Bildniß fortgeschwemmt hatte. Da blieb Innocenz stehen und sagte: „Die großen Wasser sind über die alten Heiligthümer Deiner Kindheit vernichtend hingegangen, Filomena. Wir müssen uns neue statt ihrer aufrichten in unseren Herzen.“

In St. Ulrich zeigte sich das gleiche Bild der Zerstörung, das sie in Moosbrunn verlassen hatten. Die von Sonne und Wind rasch getrockneten Schlammmassen, voller Ritzen und Spalten klafften, hatten weithin den Boden überdeckt, die Häuser standen zum Theil noch darin begraben. Doch auch hier hatte bereits [illegible] drosselne, zukunftsfreudige Arbeit eines rüstigen Volksschlages wieder begonnen.

(Schluß folgt.)

Nation zu sein; und daß sie zum Haufen wird, wenn sie aufhört, eine Kulturgemeinschaft zu sein.

Und in dieser Gefahr erblicken wir gegenwärtig das deutsche Volk. (Stürmischer Beifall.)

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichstag

setzte am Sonnabend die zweite Berathung des Etats des Reichsamtes des Innern fort. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, Abg. Dr. Roesicke, ist erzürnt über die angeblich mangelhafte Durchführung des Fleischbeschaugesetzes; sein besonderes Mißfallen hat die sächsische Regierung erregt, die nach Zeitungsmeldungen die Grenze nach Oesterreich für die Einfuhr lebender Schweine freigegeben habe.

In dem ersten Punkte war der sächsische Ministerialdirektor Dr. Fischer in der Lage, den Wortführer des Bundes der Landwirthe völlig zu beruhigen.

Unser Genosse Horn-Sachsen, der ausgezeichnete Sachverständige auf dem Gebiete der Glasarbeiterverhältnisse, führte die Debatte in das eigentliche sozialpolitische Gleis zurück. Er charakterisirte die geheimen Kräfte der aller Sozialpolitik widerstrebenden Rückständigkeit, tadelte das Hinausschieben der Zinkhüttenverordnung und verlangte Beseitigung der Mißstände im Gewerbeinspektionswesen. Eingehend beleuchtete er die Uebelstände in der Glasarbeiter-Industrie, gestützt auf so beweiskräftiges Material, daß selbst Graf Posadowsky wenigstens für die besonders krassen Unzuträglichkeiten, die auf dem Gebiete der Sonntagsarbeit in den Glasfabriken herrschen, Abhilfe anzukündigen sich genöthigt sah. Der Wormser Lederkönig, Frhr. Heyl zu Herrnsheim, ist über die Fortschritte unserer Sozialpolitik im Allgemeinen hochbefriedigt.

Den ernsten Reden folgte eine Stunde ungetrübter Heiterkeit. Zuerst war es Herr Schlumberger, der in seiner zappeligen Art gegen die Sozialdemokratie polemisirte. Dagegen trat ganz unerwartet eine neue komische Kraft ersten Ranges auf der Rechten hervor. Es ist ein Herr von Massow. Er hat, wie er selbst im parlamentarischen Handbuch sagt, seine Militärkarriere aufgegeben, um in den Reichstag zu kommen. Mit einem Schlage ist er heute ein berühmter Mann geworden. Er weiß von Juden und Sozialdemokraten zu sprechen, daß Graf Pückler aus Klein-Tschirne vor Neid bersten muß. Es gab ein Halloh im Reichstag, wie schon seit Langem nicht. Die Linke ermunterte durch ihren Jubel den Redner zu immer neuen Kraftleistungen, und die Rechte begrüßte seine Kraft-Ausdrücke mit verständnißinniger Genugthuung. So endete fröhlich der Tag.

Politische Uebersicht.

Der Zolltarif in Gefahr! Auch die Regierung beginnt die Schwierigkeiten des volksverderblichen Zolltarifs immer deutlicher zu erkennen. In einem anscheinend offiziösen Artikel der „Berliner Börsenzeitung" heißt es sehr bezeichnend:

„Läßt der Reichstag die Vorlage fallen, dann kann die Regierung, ohne Vorwürfe fürchten zu müssen, Vertragsverhandlungen abschließen und dabei ihrem Wohlwollen für die Landwirthschaft Rechnung tragen. Hat sie dies vollbracht, dann unterbreitet sie die Verträge dem Reichstage und sie wird leichteres Spiel haben. Die Frage spitzt sich dahin zu, wie lange die Zolltarif-Kommission denn eigentlich arbeiten darf, soll der Regierung Zeit zu Verhandlungen bleiben. Wie die Dinge liegen, ist kein Ende abzusehen. **Wird also die Regierung eines Tages erklären, „sie lege auf eine weitere Berathung der Zolltarifvorlage keinen Werth mehr", so sei Niemand überrascht."**

Schon recht. Aber die Masse des Volkes würde erleichtert aufathmen.

Konservative Zolltarif-Gegner. Im „Volk", dem Stöckerschen Blatt, das in Siegen erscheint, erzählt ein Berliner Brief:

„Der Zolltarif, das ist auch bei uns die Hauptfrage des Tages in Besprechungen, öffentlichen Versammlungen. Wenn in der Kommission so weiter gemacht wird, wie es die Herren angefangen haben, so wird er wohl eine Frage bleiben. Die sozialdemokratische und freisinnige Presse betreibt eine raffinirte Agitation gegen den Entwurf, und leider scheinen sich ihr auch Berliner konservative Kreise nicht ganz entziehen zu können. So hört man z. B., daß die konservativen Bürgervereine „nicht ganz übereinstimmende" Meinungen in der Zollfrage haben sollen."

Und die konservative Partei duldet diese „antinationalen" Bestrebungen in ihren Kreisen?! —

Im Abgeordnetenhause wurde heute zunächst der Domänenetat erledigt. Die Debatte hielt sich in streng sachlichen Grenzen und deshalb auch in friedlichen Bahnen.

Nach dem Domänenetat kam der Forstetat an die Reihe. Die Holzverkäufe werfen für den Fiskus ganz erkleckliche Summen ab und der Oberlandforstmeister Wesener theilte mit, daß die Holzpreise in letzter Zeit „weiter angezogen" haben, was der Fiskalkasse gewiß nicht unangenehm ist. Längere Diskussionen entspannen sich bei den für Oberförster, Förster, Forstaufseher und Waldhüter ausgeworfenen Gehältern. Von allen Seiten erstanden diesen Beamtenkategorien Schützer und Helfer, welche ihnen höhere Bezahlung wünschten.

Preßprozeß wegen Beleidigung einer Gefängnißverwaltung. In dem Prozeß gegen den Dr. med. Schulze und Ernst Posse, Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung", wegen Beleidigung der Kölner Gefängnißverwaltung wurde nach zweitägiger Verhandlung Schulze zu 150 Mark, Posse zu 300 Mk. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt, und dem Regierungspräsidenten die Publikationsbefugniß zuerkannt.

Im Wahlkreis Elbing-Marienburg wird es demnächst zu einer Reichstagsersatzwahl kommen. Von dem bisherigen Abgeordneten, der den Kreis seit 1884 mit alleiniger Unterbrechung der Legislaturperiode 1890—93 vertreten hat, Herr v. Puttkamer-Plauth, wird berichtet, daß er krankheitshalber seine parlamentarische Thätigkeit aufgegeben habe. Der Kreis gilt als sicherer Besitzstand der Konservativen: doch ist es bereits bei der vorherigen Reichstagswahl, im Jahre 1898, unserem Genossen Storch gelungen, mit Herrn v. Puttkamer-Plauth in die Stichwahl zu kommen.

Ausland.

Die belgischen Rechte für das Frauenstimmrecht. Wie aus Brüsseler Parlamentskreisen mitgetheilt wird, dürfte in kurzer Zeit ein Antrag von der Rechten eingebracht werden, der das Stimmrecht für Frauen verlangt. Dieser Antrag soll gleichzeitig mit der Debatte über das allgemeine Stimmrecht für die Provinz- und Gemeindewahlen auf die Tagesordnung gestellt werden.

Amerika hat seine Chinabeute bezahlt. Vor einigen Tagen händigte Staatssekretär Hay dem chinesischen Gesandten Wutingfang eine Anweisung über 376,000 Dollars ein, welche den Werth der von den Amerikanern im Salz-Namen zu Tientsin beschlagnahmten Silberbarren bilden.

Deutscher Reichstag.

127. Sitzung. Sonnabend, den 25. Januar 1902:

Ein Antrag der Geschäftsordnungskommission, die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Konrad Haußmann (Südd. Volksp.) als Zeuge in einem Prozeß wegen Vergehens gegen das Aktiengesetz zu versagen, wird nach kurzer Debatte angenommen.

Hierauf wird die

2. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern

(Zum Staatssekretär) fortgesetzt.

Abg. Dr. **Roesicke** (Bd. d. Landw.) befürwortet die Regelung der Verhältnisse der Gastwirthsgehilfen durch Reichsgesetz, sowie eine Besserstellung der Thierärzte und beschwert sich über mangelhafte Durchführung des Fleischbeschaugesetzes. Das Gesetz kommt ebenso wie das Börsengesetz deswegen nicht zur Ausführung, weil es den Linken nicht gefällt, weil es das Odium auf sich hat, landwirthschaftfreundlich zu sein. Ganz unverständlich ist das Vorgehen der sächsischen Regierung, die, wie die Presse meldet, die Grenze nach Oesterreich-Ungarn für die Schweineeinfuhr zu öffnen beabsichtigt. Ich habe vor der sächsischen Regierung immer die größte Hochachtung gehabt, neuerdings aber scheint auch sie von Bazillen angesteckt, die sich über ganz Deutschland verbreitet haben. Man behauptet, es bestehe Fleischmangel, es ist ja aber nirgends verboten, geschlachtetes Fleisch einzuführen und dies geschieht auch in großem Umfang. (Sehr richtig! rechts.)

Sächsischer Ministerialdirektor **Fischer**: Innerhalb der sächsischen Regierung haben allerdings Erhebungen über die Eröffnung der Grenze von Oesterreich-Ungarn für Schweine stattgefunden, die mit Rücksicht auf die hohen Schweine-Fleischpreise gefordert wurden. Die sächsische Regierung wandte sich zunächst an den Reichskanzler und dieser hat entschieden, daß die veterinärpolizeilichen Bedenken gegen die Oeffnung der Grenze überwiegen. Ich bin überzeugt, daß bei meiner Regierung diese Erwägung durchdringen wird. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Horn**-Sachsen (soz.): Es ist nicht richtig, daß Deutschland seinen Fleischbedarf selbst decken kann. Dem Herrn Staatssekretär will ich gern glauben, daß er in der Frage der Sozialpolitik auf große Schwierigkeiten stößt, wo so viele geheime Kräfte walten, muß auch die kleinste Sozialreform ins Stocken gerathen. Redner wendet sich gegen das Hinausschieben des Termins für das Inkrafttreten der Schutzbestimmungen für die Zinkhüttenarbeiter. — Die Gewerbeinspektoren pflegen den Fabrikanten vor ihrem Erscheinen einen Wink zu geben und finden dann Alles in schönster Ordnung. Die Zahl der Gewerbeinspektoren ist viel zu gering und darum widersetzen sich auch die Fabrikanten den Bestimmungen des Arbeiterschutzes. Auch das Koalitionsrecht der Arbeiter wird von den Unternehmern aufs Schwerste mißachtet. Die Glasindustriellen haben ihren Arbeitern vielfach Reverse zur Unterschrift vorgelegt, durch welche diese sich verpflichten, keinem Arbeiterverein beizutreten, und keine Versammlung zu besuchen. Wäre die Zuchthausvorlage Gesetz geworden, dann hätten diese Glasindustriellen mit Zuchthaus bestraft werden müssen. Die Behörden dulden solche Zustände nicht nur, sondern eilen mit Gensdarmen und Soldaten den Unterdrückern zu Hilfe. Zur Zeit der großen Glasarbeiterstreiks wurden Streikbrecher ohne Pässe unter dem Schutz von Gensdarmen über die Grenze gebracht, während andrerseits Ausländer, die 15—20 Jahre in einem Betriebe thätig waren, ausgewiesen wurden, weil man annahm, sie könnten der Gemeinde zur Last fallen. Es dauerte sehr lange bis die sächsische Regierung die Ausweisung auf eingelegte Beschwerde als ungerecht zurücknahm.

Weiter möchte ich hinweisen auf die Nichtbeachtung der Verordnungen betr. die Sonntagsruhe in der Glasindustrie Seitens der Unternehmer. Wenn Regierung und Bundesrath nicht zu der Erkenntniß kommen, daß die Sonntagsarbeit unter allen Umständen zu verbieten ist, so wird den Arbeitern dieses Erwerbszweiges das bischen Sonntagsruhe, das sie sich erkämpft haben, auch noch wieder genommen werden.

Redner bespricht die in sächsischen Glasfabriken bestehenden Mißstände und bringt den Fall eines ungarischen Glasarbeiters zur Sprache, dem bei der Lohnzahlung außer den Reisekosten auch sämmtliche Lohnvorschüsse abgezogen sind, so daß nur noch 9 Pfennige übrig blieben.

Ich möchte den Fabrikinspektoren empfehlen, sich auch an die Arbeiterorganisationen zu wenden, sie werden dann ein klares Bild über die Verhältnisse gewinnen. (Bravo! b. d. Soz.)

Sächs. Geheimrath Dr. **Fischer**: Der Vorredner meinte, er sei auf das Schicksal des betreffenden Glasarbeiters nicht eingegangen, wenn nicht ein sächsischer Bundesrathsbevollmächtigter den Fall anders dargestellt hätte. Weder ich, noch ein anderer Bundesrathsbevollmächtigter hat davon gesprochen. Der Vorredner wird den Abg. Oertel mit einem sächsischen Bundesrathsbevollmächtigten verwechselt haben. (Große Heiterkeit.)

Abg. Freiherr **Heyl zu Herrnsheim** (natl.): Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß durchaus gewahrt werden, aber auch von Seiten der Gewerkschaften selbst. Die Hamburger Maurer sind so rücksichtslos gegen diejenigen ihrer Kollegen vorgegangen, die die Akkordarbeit beibehalten wollten, daß sie sogar den Ausschluß dieser Kollegen aus der sozialdemokratischen Partei beantragten. (Hört! Hört! rechts.) Soweit wie diese Arbeiter ist bisher noch kein Revers eines Unternehmers gegangen. (Lachen b. d. Sozialdem.) — Die herrschende Arbeitslosigkeit ist nicht so groß, daß man von einem Versagen der kapitalistischen Produktionsweise sprechen kann. — Der angekündigte Schutz der gewerblichen Kinderarbeit erweist alle Klagen der Sozialdemokraten über den sog. Stillstand unserer Sozialreform als unberechtigt. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Millerand, der sozialistische Minister, hat noch nicht daran gedacht, sich mit der Kinderarbeit zu beschäftigen. — Weiter hoffe ich, daß der Schutz der Heimarbeiterinnen möglichst bald erweitert werden möge.

In der Frauenfrage stehe ich und ein Theil meiner Freunde auf einem anderen Standpunkt als Herr Bassermann. Selbst die Sozialdemokratie hat mit den Frauen schlechte Erfahrungen gemacht. Man fürchtet, daß wenn die Frau tagsüber außer dem Hause beschäftigt ist, sie für die Arbeit im Interesse der Partei verloren geht. Ihr Kollege Auer führte aus, daß sich die sozialdemokratische Ehefrau sehr ablehnend gegen die politische Arbeit verhält und exemplifizirte dabei auf die Stimmung seiner eigenen Ehefrau. Die wichtigste Frage auf dem Gebiete der Frauengesetzgebung scheint mir die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages zu sein. — Endlich möchte ich an den Herrn Staatssekretär die Frage richten, ob die in der sozialdemokratischen „Neuen Zeit" erhobenen Angriffe gegen das statistische Amt auf Wahrheit beruhen. Es wird dort gesagt, es beziehe seine Mittheilungen ausschließlich von der Polizei. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte gestern wieder, auf dem Gebiete der Alters- und Unfallversicherung sei herzlich wenig geschehen. Das ist ein vollkommener Irrthum. Die jetzt schon in Folge der beiden Novellen auf die Arbeitgeber entfallenen Mehrlasten betragen zehn Millionen Mark.

Die Einführung der fakultativen Leichenverbrennung halte ich für unausführbar.

Den Ausführungen des Abg. Horn über die Verhältnisse in der Glasindustrie bin ich mit Interesse gefolgt. Ich folge Ihren (zu den Soz.) Reden immer mit Interesse, wenn Sie wirklich aus der praktischen Kenntniß der Dinge schöpfen. Ich werde, wenn irgend möglich, die bestehenden Vorschriften über die Sonntagsruhe in den Glasfabriken einer Aenderung unterziehen.

Was die Art der Krankenversicherung der Heim-Arbeiter anlangt, so sind wir bereits mit Vor-Arbeiten auf diesem Gebiet beschäftigt. Ebenso soll den Gewerbeaufsichtsbeamten für ihre nächste Berichterstattung die Aufgabe ertheilt werden, sich zu äußern über die Frage der Zehnstunden-Arbeit der Frauen in der Fabrik.

Auf die Anfrage des Abg. Heyl betreffend die Vorwürfe gegen das statistische Amt möchte ich ihm erwidern, daß das statistische Amt in allen Streitfragen, wo sich Differenzen ergeben, Rückfrage hält und sich nicht nur an die Polizei, sondern auch an die höheren Verwaltungsorgane hält.

Abg. **Schlumberger** (Hosp. d. Natl.): Herr Wurm hat gestern geäußert, ich sei kürzlich mit einem Orden beehrt worden. Das ist nicht der Fall. (Zuruf bei den Soz.: kommt noch! — Heiterkeit.) Die Angaben des Herrn Wurm, daß in einer mir nahestehenden Fabrik 13 Stunden täglich gearbeitet würde, entbehren jeder thatsächlichen Unterlage. — Was ich nicht anerkenne, ist das Recht, daß die Sozialdemokraten aus angeblicher Arbeiterfreundlichkeit, die Ausführung der Gesetze selbst besorgen. Da geht Ihre Beschränktheit zu weit. (Heiterkeit bei den Soz.) Dazu sind die Aufsichtsbeamten da, die über jedem Klasseninteresse stehen und sich das Zutrauen Aller erwerben müssen, darauf kommt es an. Wenn das geschieht, so wird der soziale Friede gefördert und daran wird doch auch den Sozialdemokraten gelegen sein, ich hoffe es wenigstens. (Heiterkeit bei den Soz.) Dann werden die Hetzer sich nach andern Unzufriedenheits-Gründen umsehen müssen. Hoffen wir, daß Ihr Erfindungsgeist in dieser Beziehung bald versagen wird. (Große Heiterkeit links.) Die Unternehmer leiden heute unter einer Tyrannei, der unterthan zu sein, kein Mensch sich bald mehr gefallen lassen wird. Das ist meine Prophezeiung. (Heiterkeit.) Sind denn von vornherein alle Arbeitgeber Verbrecher? (Schallende Heiterkeit.) Bis auf Weiteres halte ich sie für existenzberechtigt und ebenso des gesetzlichen Schutzes werth, wie alle übrigen Angehörigen des deutschen Reiches. (Bravo bei den Nationall.)

Abg. **v. Massow** (kons.): Wir sorgen für unsere Leute, wir bezahlen sie und das ist das Tipfelchen auf dem i, deshalb haben blos wir das Recht, uns eine Arbeiterpartei zu nennen. Sie schreien blos! Wenn Sie unter Arbeiterpartei eine solche verstehen, die Staat und Gesellschaft unterminirt, dann sind Sie eine Arbeiterpartei. (Lachen bei den Soz.) Wenn Sie sich in ihren Versammlungen wie Hausknechte anreden, dann können Sie sich mit Recht eine Arbeiterpartei nennen, denn das sind die Manieren der

Aus aller Welt.

Ueber das Verbrecher-Album beim Berliner Polizeipräsidium macht Kriminalinspektor Klatt einige bisher noch nicht bekannte Mittheilungen. Das Album nimmt ein Zimmer vollständig ein. Es ist in zwei großen Schränken untergebracht. In dem einen befinden sich die einzelnen Bände des Albums, das nach Verbrecherklassen eingetheilt ist. Aus dem ursprünglich einzigen Bande sind 27 Bände, 21000 Photographien enthaltend, geworden. Es umfaßt Band 1 Mörder und Räuber; Band 2, 2a, 2b, 2c Einbrecher in Wohnungen; Band 3 Einbrecher in Böden, Keller, Neubauten, Buden, Ställen und Hallen; Band 4, 4a Schlafstellen- und Hoteldiebe; Band 4b Schlafstellendiebinnen; Band 5 und 5a Taschendiebe; Band 5b Taschendiebinnen; Band 6 Ladendiebe; Band 6a Ladendiebinnen; Band 7 Hiebdiebe; Band 8 und 8a Prostituirte; Band 9 Bauernfänger und Spieler; Band 10 Hochstapler, Fälscher und Falschmünzer; Band 11, 11a und 11b Betrüger; Band 12 und 12a Juden; Band 13 Sittlichkeitsverbrecher; Band 14, 14a, 14b, 14c, 14d Verschiedenes; Band 15 internationale Verbrecher; Band 16 Kellerdiebe; Band 17 Paletotdiebe; Band 18 Fahrraddiebe; Band 19 und 19a von außerhalb zugesandte Photographien; Band 20 Landstreicher. Damit nicht das Publikum beim Durchsehen des Albums die Namen der Photographirten erfährt und vielleicht unbescholtene Personen, die denselben Namen führen, Unannehmlichkeiten macht, trägt jede Photographie statt der Namen des Verbrechers nur eine Nummer. Diese entspricht einer gleichen Nummer des Registers, aus welchem erst der Name hervorgeht. In einem zweiten Schranke befinden sich dieselben Photographien nach dem Alphabet der Verbrecher geordnet und auf das sogenannte Registerblatt gezogen, aus welchem das ganze Vorleben, die Bestrafen, die Komplizen 2c. hervorgehen. Sechs Beamte haben täglich vollauf zu thun, um die neu hinzugekommenen Photographien einzureihen, die Registerblätter nach den eingehenden Erkundigungen — durchschnittlich 90—100 — zu vervollständigen, dem Publikum Auskunft zu ertheilen und die Photographien der Gestorbenen auszumerzen, kurz, den ganzen Apparat in Ordnung zu halten. [illegible]

Fünf Personen beim Abbruch eines Hauses verunglückt. Sonnabend Mittag erfolgte unter den Linden 35 in Berlin ein schweres Bauunglück. Hier wird ein Quergebäude abgerissen. Die Arbeit war schon bis zum ersten Stock ausgeführt. Als das unterste Gewölbe niedergelegt werden sollte, waren unvorsichtiger Weise die Tragepfeiler zu weit bloßgelegt worden, weshalb die Decke sich verschob und einstürzte. Der Polier Schmidt, der unmittelbar unter der Decke stand, wurde schwerer verschüttet und von den herabfallenden Steinen so schwer verletzt, daß er in ein Krankenhaus geschafft werden mußte. Auch der Arbeiter Roßel, der mit der Decke zugleich in die Tiefe stürzte, erlitt schwere äußere und innere Verletzungen, so daß er ebenfalls in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Leichter verletzt wurden der Unternehmer Rohrdebich, der Arbeiter John und noch ein junger Mauer, der soeben erst die Arbeit aufgenommen hatte.

Ein Kasernenbrand. Die Kasernen zu Rambouillet (Paris) gerieten in Brand, welcher sich in Folge Wassermangels schnell ausbreitete und bald das ganze Gebäude erfaßt hatte. Sämmtliche Mannschaften konnten gerettet werden und auch die bedrohten Kavalleriekasernen und Stallungen wurden durch eine glückliche und rechtzeitige Drehung des Windes verschont. Der Schaden ist außerordentlich, da große Kammervorräthe verbrannt sind.

Großer Mühlenbrand in Ofen-Pest. Das bedeutendste Mühlenwerk in der ungarischen Hauptstadt, die Konkordia-Mühle, ist in der Nacht auf Freitag niedergebrannt. Das Feuer kam in der ersten Morgenstunde zum Ausbruch. Der Brand entstand wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit oder Selbstentzündung im Hauptgebäude der Anlage, in welchem auch während der Nacht der volle Betrieb aufrecht erhalten wird. Da gleich beim Entdecken des Feuers das Alarmzeichen gegeben wurde, gelang es zum Glück allen Arbeitern, trotzdem die Flammen sich durch den explodirenden Mehlstaub mit fabelhafter Geschwindigkeit verbreiteten, unversehrt das Freie zu gewinnen. Die Mühlenfeuerwehr trat sofort in Thätigkeit, bald langten auch die ersten Löschzüge der städtischen Feuerwehr an; aber sie vermochten nicht gegen das riesige Flammenmeer anzukämpfen. Brennende Fahrstühle und Lastschlitten fuhren aus den obersten Stockwerken in ihren Schächten nach unten und trugen so das Feuer in die untersten Stockwerke, so daß schließlich der ganze sechsstöckige Bau gleichzeitig in allen seinen Stockwerken brannte; aus allen Fenstern schlugen die Flammen hervor, bis unter mächtigem Krachen und Gepolter die einzelnen Stockwerke nacheinander einstürzten und auf weiten Strecken um das Gebäude den Aufenthalt lebensgefährlich und wirksame Löscharbeiten unmöglich machten. Gleich zu Beginn der Löscharbeiten erhielten zahlreiche Feuerwehrmänner durch herumfliegende und fortwährend explodirenden Mehlstaub schwere Verletzungen. Der Brand wird wohl erst nach einigen Tagen vollständig gelöscht werden können.

Der älteste lebende Mann ist nach dem letzten Bericht einer New-Yorker Gesellschaft, die sich das Studium der menschlichen Lebensdauer zur besonderen Aufgabe gemacht hat, der Moskauer Bürger Jim Rodenofsky. Er hat ein Alter von 136 Jahren und kann noch gut sehen. Sein Vater starb mit 120 Jahren. Die älteste Frau ist Mrs. Nancy Hollfield, die in einem Sanatorium in Michigan lebt und 117 Jahre alt ist. Im Alter von 160 Jahren soll im vorigen Monat Ismail Hadjo aus Kruti in Albanien gestorben sein. Seine Sinne waren ungeschwächt und seine Zähne bis geblieben. Dieser Fall kann jedoch von der New-Yorker Gesellschaft nicht mit Sicherheit bestätigt werden.

für die Arbeiter sorgen. Ich thue das, damit die Schreierei über uns endlich einmal aufhört. (Lachen links.) Ich gebe meinen Leuten sage und schreibe 80 Zentner und da sagen Sie, die Leute seien nicht interessirt an hohen Getreidepreisen, der „Vorwärts" hat geschrieben, ich und Herr Bräsicke kämen aus einer Gegend, die nach Grog und Fuselöl dufte. Vielleicht haben Sie bei Herrn Bräsicke etwas davon bemerkt. Ich bin ein ganz gesunder Junge und bei der feuchten Witterung im Osten ist es gut angebracht, mal einen Grog zu trinken. (Großes Gelächter.) Sie hetzen gegen uns und Sie wissen ja, für einen dummen Jungen ist es garnicht schwer, den Lehrer lächerlich zu machen (Stürmisches Gelächter), und der hat dann lange zu thun, bis er wieder Autorität bekommt. Herr Bebel hat gesagt, — schade, daß er nicht da ist, ich hätte es ihm gern ins Gesicht gesagt — (Zuruf des Abg. Wurm.) Warten Sie nur, Herr Wurm, Sie kommen auch daran.

Präsident Graf **Ballestrem** bittet Redner, sich nicht an einzelne Mitglieder, sondern an das Haus zu wenden.

Abg. **von Massow:** Herr Bebel hat gesagt, daß der Reinertrag eines Gutes sich um 103 Mark pro Hektar vermehrt habe, das ist nicht blos ein Hunnenbrief, das ist eine ganze Hunnenschrift. (Gelächter links.) Der betreffende Gutsbesitzer erklärt, daß da einfach nichts wahr ist. Sie berufen sich immer auf ihre Sachverständigen aus dem Osten. Sie sagen, wenn diese Gutsbesitzer wie Hofer und Braun ohne höhere Getreidezölle gut wirthschaften können, warum dann nicht auch der preußische Junker. Ich bin stolz darauf, ein Junker zu sein, wenn ich an die Namen Moltke, Kleist, Schwerin u. s. w. denke, deren Namen mit ehernen Lettern in die Geschichte Preußens eingegraben sind. (Bravo! rechts.) Aber die Namen Belel und Singer .... die, die stehen auf einer Schiefertafel und das Mädel kommt und wischt sie weg. (Stürmische Heiterkeit.) Daher der Name: Schwamm drüber! (Bravo! rechts. Stürmisches Gelächter links.) — Was schadet es, wenn Graf Mirbach, der reichste Mann seines Kreises, sich zu seinem Jagdvergnügen eine Schneise (Waldweg) aushauen läßt. Darüber redet man immer wieder, wenn aber Herr Singer auf Gummirädern hierher rollt oder auf Gummischuhen hierhergondelt (Stürmisches Gelächter.) darüber wird nie gesprochen), Graf Mirbach ist ein ganz verständiger Mann. (Große Heiterkeit.) Mein zu Ihnen, Herr Wurm. Sie haben den Heine'schen Vers von den satten und hungrigen Ratten zitirt. Wissen Sie denn gar nicht, wen Heine damit meint? Mit den hungrigen Ratten meint er doch die Juden. Millionen Thränen wären im Deutschen Reich nicht vergossen, wenn das rothe Meer so vernünftig gewesen wäre und die Klappe vorher zugemacht hätte. (Lebhafter Beifall rechts. Stürmisches Gelächter links.)

Der Herr Abgeordnete Bebel behauptete, die Söhne der Landwirthe brächten das Geld als Kavallerie-Offiziere durch. Was soll ich dazu sagen? Ich muß an jene Geschichte von dem Lohnkutscher denken, der, als sein Baron drohte grob zu werden, sagte: Ach, Herr Baron, so grob können Sie mir ja nicht kommen, wie ich vertragen kann. (Heiterkeit rechts.) Gehen Sie doch mal in die Nacht-Cafés Morgens früh, wenn die Kavallerieoffiziere schon zum Dienst müssen, was da sitzt in den Nacht-Cafés, das sind alles Leute, denen Jahrtausende das Kainszeichen nicht von der geschwungenen Nase gewaschen haben. (Bravo! rechts. Stürmische Heiterkeit links.) Ich hatte geglaubt, daß Herr Bebel die Aeußerungen, die ich nach dem Stenogramm zitirt habe, vertreten wird, daß er nicht gleich jenem Pharisäer sagen wird: „ich danke Dir Gott, daß ich nicht bin wie andere Leute, sondern daß er wie der Zöllner an seine Brust schlagen wird und sagen: Gott sei mir Sünder gnädig! (Bravo! rechts. Lautes Gelächter links.)

Abg. **Weitzenhagen** (Zentr.) ergeht sich in längeren Ausführungen über die Nachtheile der Frauenarbeit und schließt mit einem Appell an die Regierung, zum Schutze der Familie und zum Schutze der künftigen Generation den achtstündigen Maximalarbeitstag für die Frauen durchzuführen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Jesuiten-Interpellation des Zentrums.)

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 27. Januar 1902.

* **Ein schwerer Tag** war es, den am Sonnabend der bisherige verantwortliche Redakteur der „Volkswacht", Genosse Franz Klühs, zu verleben hatte. Bis über Mitternacht dauerte die Gerichtsverhandlung und sie hätte bis zum Morgen dauern können, wenn nicht die körperliche Erschöpfung des Angeklagten derselben Nachts um 12½ Uhr ein Ziel gesetzt hätte, so daß die letzte zur Verhandlung stehende Sache, die angebliche Beleidigung der Richter in Posen, vertagt werden mußte. Erst am 18. Februar soll diese Sache erledigt werden. Das Resultat der anderen vier zur Verhandlung stehenden Prozesse war die Verurtheilung des Genossen Klühs zu insgesammt 6½ Monaten Gefängniß. In der ersten Sache, Beleidigung der Breslauer Richter und Staatsanwälte, hatte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängniß beantragt, das Gericht kam jedoch zur Freisprechung, weil es dem Angeklagten den Schutz des Paragraphen 193 zubilligte. Wegen Beleidigung des Amtsboten Burziwoda in Czuchow wurde Klühs dann zu sechs Wochen Gefängniß, wegen Beleidigung eines Polizeisergeanten in Königshütte zu einem Monat und wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft in Gleiwitz zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Wir können heute Raummangels halber nur über einige der verhandelten Prozesse eingehender berichten.

y. Die Verhandlung der einzelnen Sachen fand nicht in der von uns am Sonnabend angegebenen Reihenfolge statt. Zunächst wird wegen der angeblichen Beleidigung der Breslauer Staatsanwaltschaft und der Ersten Strafkammer verhandelt. Nach Verlesung des bekannten Artikels in Nr. 88 der „Volkswacht" mit der Spitzmarke „Stützen der Gesellschaft" und des kriminirten Artikels „Vor dem Gesetze sind alle Preußen gleich", werden auf Antrag des Staatsanwalts auch die entsprechenden Artikel im „Berl. Tagebl.", in der „Germania" und in der Berliner „Volksztg." verlesen, um zu beweisen, daß diese ohne jede Kritik nur die nackte Thatsache des angeblichen Fallissements von Bartelmus gebracht haben. Auf Anregung des Vertheidigers Dr. Liebknecht erklärt der Vertreter der Anklage, er denke sich den Gang der Verhandlung so, daß die Beweisführung sich um die Frage drehen müsse, ob Klühs wissentliche Rechtsbeugung den Beleidigten vorgeworfen habe. Liebknecht will dies auf das Entschiedenste bestreiten. Wissentliche Rechtsbeugung sei nicht behauptet, das könne man höchstens mit vielem Zwange zwischen den Zeilen lesen. Der Staatsanwalt kommt durch die von ihm jahrelang beobachtete Tendenz der „Volkswacht" und die Persönlichkeit des mit Vorliebe zu Beleidigungen von Behörden neigenden Angeklagten zu dem Schlusse, daß dieser doch den beleidigten Behörden wissentliche Rechtsbeugung habe vorwerfen wollen. In der „Erf. Tribüne" sei dies noch schärfer zu Tage getreten; dort habe man den Breslauer Richtern direkt „Klassenjustiz" vorgeworfen. Es gehe einfach über den Horizont des Angeklagten und seiner Gesinnungsgenossen, daß Staatsanwälte und Richter objektiv ihres Amtes walten könnten.

Nun nimmt Liebknecht zu längeren Ausführungen das Wort. Es sei der Fehler der Staats-Anwaltschaft im Allgemeinen, daß sie das Wesen der Sozialdemokratie gänzlich verkenne. Der Angeklagte hat in seinem Artikel nur reine Thatsachen konstatirt. Auf der einen Seite die Behandlung, welche die sozialdemokratischen Redakteure erfahren, auf der anderen die der Redakteure bürgerlicher Blätter. Beleidigende Worte sind nicht gebraucht worden. Es ist eine unverständliche Empfindlichkeit der Staats-Anwaltschaft, daß sie hinter dem Artikel eine Beleidigung finde. Der sozialdemokratischen Auffassung widerspricht es günstig, zu behaupten, die preußischen Richter beugten das Recht wissentlich. Das Wort „Klassenjustiz" ist nur so zu verstehen, daß die aus bestimmten Gesellschafts-Schichten hervorgegangenen Richter und Staats-Anwälte auch bei ihren Urtheilen gegen Sozialdemokraten, also Leute mit ganz verschiedener Welt-Anschauung, nicht über die Ideen ihrer Klasse hinauskönnten. Die Klassenjustiz ist nach sozialdemokratischer Auffassung etwas aus der heutigen Gesellschaftsform naturnothwendig Hervorgehendes. Dafür, daß eine Rechtsprechung in diesem Sinne vorliegt, kann der Beweis der Wahrheit angetreten werden. Nach einer ministeriellen Verfügung wird die sozialdemokratische Presse von den Staats-Anwaltschaften amtlich gelesen, was bei der bürgerlichen Presse nicht der Fall ist. Daraus folgt natürlich, daß die sozialdemokratischen Redakteure viel leichter einer Strafverfolgung anheimfallen, als wie ihre bürgerlichen Kollegen. Ferner ist nachweisbar, daß der fliegende Gerichtsstand meist nur bei sozialdemokratischen Preßdelikten Anwendung findet. Der Redner erinnert an die 3 Fälle Baake-Berlin, Steiger-Leipzig und Seifert-Hamburg, die in Breslau auf Grund des ambulanten Gerichtsstandes verhandelt worden sind. Schließlich werde auch thatsächlich der § 193 (Schutz berechtigter Interessen) gegen sozialdemokratische Redakteure nicht in dem Sinne wie bei bürgerlichen Redakteuren, angewendet, wie dies die sämmtlichen Prozesse gegen die „Volkswacht" seit ihrem Bestehen beweisen.

Staatsanwaltschaftsrath Pelz: Der Herr Vertheidiger beansprucht für sich und seine Partei zwar eine ganz besondere Behandlung, den Behörden umgekehrt aber will er diese nicht zugestehen. Er versucht übrigens, den vorliegenden Prozeß zu einem Probirfalle zu machen und aus mir herauszukommen, ob Vorschriften gegen die Sozialdemokraten existiren. Ich habe nichts zu verrathen. Nur das Eine kann ich sagen, daß eine ministerielle Verfügung vom 5. Januar 1897 vorhanden ist, welche die Staatsanwaltschaften anweist, Preßdelikte nach Möglichkeit am Orte ihres Entstehens zu verfolgen. Das sei im Falle Bartelmus geschehen. Klühs sei hier verfolgt worden, wegen der Berliner Redakteure habe er den Antrag selber an die Berliner Staatsanwaltschaft verwiesen. Unwahr sei es, daß er wegen der Berliner Blätter auf den Privatklageweg verwiesen habe. Diese Ansicht sei einfach nur dem Mißtrauen entsprungen, das der Angeklagte und auch sein Vertheidiger gegen alle Behörden haben. Ob ein öffentliches Interesse vorliege, könne er, der Staatsanwalt, doch besser beurtheilen, als der Herr Vertheidiger, dessen Ausbildung bei der Staatsanwaltschaft schwerlich eine gründliche gewesen sein wird. Man dürfe nicht Oeffentlichkeit und öffentliches Interesse verwechseln. Im Falle Hippe, wo ein Werkmeister, also eine autoritäre Person, durch die Verdächtigung aus seinem Amte gedrängt werden sollte, habe zweifellos ein öffentliches Interesse vorgelegen, nicht aber im Falle Zscharn, wenn auch die Beleidigung öffentlich erfolgt sei.

Den Antrag des Vertheidigers, die Akten aus 16 Prozessen der „Volkswacht" vorzulesen, beantragt der Vertreter der Anklage abzulehnen. Diese Fälle könnten auch nicht vergleichsweise herangezogen werden. Liebknecht meint, der Staatsanwalt habe in seinen Ausführungen Widersprüche finden zu müssen gemeint, eher könne man solche in den Deduktionen des öffentlichen Anklägers finden. Wenn der Herr Staatsanwalt mich immer mit dem Angeklagten identifizirte, so muß ich erklären, daß ich in meinen politischen Anschauungen allerdings mit Klühs einer Meinung bin. Das ist aber für mich keine Schande, sondern eine Ehre. Auch fällt es mir nicht ein, aus diesem Prozesse einen Probirfall zu machen. Was ich gesagt habe, daß die Anklagebehörden ein besonders wachsames Auge auf die Sozialdemokraten haben, ist notorisch und vom Standpunkte der bürgerlichen Klassen sogar begreiflich. Ich erinnere nur an die bekannte Reichstagsrede des Justizministers Schönstedt: „Wenn Zwei dasselbe thun . . ." und das Urtheil des sächsischen Oberlandesgerichts im Löbtauer Falle. Wenn die Staatsanwälte uns Sozialdemokraten besonders verfolgen, so ist dies meines Erachtens ein Pflichteifer, den die bürgerliche Gesellschaft von ihnen zu fordern das Recht hat. Oeffentlichkeit und öffentliches Interesse habe ich nicht verwechselt. Ich habe ja gar keine Definition des Begriffs gegeben.

Darauf bringt der Vertheidiger seinen Antrag auf Verlesung der oben genannten 16 Prozeßakten nochmals in aller Form ein, ebenso will er eine Reihe von Zeugen, darunter auch den Ersten Staatsanwalt und den Staatsanwaltschaftsrath Pelz, vernommen wissen, um zu beweisen, daß § 193 gegen die Redakteure der „Volkswacht" niemals in dem Umfange angewendet worden ist, wie in dem Privatbeleidigungsprozeß Bartelmus. Sämmtliche Anträge werden abgelehnt, indem die Kammer unterstellt, daß thatsächlich § 193 niemals gegen die Redakteure der „Volkswacht" im obengenannten Umfange angewendet worden ist.

Nun ergreift der Staatsanwalt das Wort zu seinen Anträgen. Ich kann mich nur an den beleidigenden Artikel halten. Nicht der mindeste Beweis kann dafür erbracht werden, daß gegen sozialdemokratische Redakteure anders verfahren worden ist, als gegen Redakteure bürgerlicher Blätter. § 193 ist oft auch den Letzteren versagt worden. Es ist eine gemeine Verleumdung, wenn behauptet wird, ich hätte betreffend die Berliner Redakteure auf den Privatklageweg verwiesen. Wenn dies der Berliner Staatsanwalt gethan hat, so entspricht dies aber auch der Sachlage, denn die Berliner Blätter haben in ihrem Handelstheil nur kurze sachliche Notizen gebracht, der Artikel des Klühs aber war schon in der Form schwer und infam beleidigend. Und wie ist der hier zur Verhandlung stehende Artikel zu Stande gekommen? Klühs hat für einen Vergleich mit Bartelmus die hohe Buße von 400 Mk. zu zahlen. Er sieht, die bürgerlichen Redakteure werden nicht im öffentlichen Interesse verfolgt, sondern nur auf dem Wege der Privatklage, und schließlich unter Zubilligung des § 193 freigesprochen. Er ärgert sich, glaubt sich benachtheiligt und schreibt den Artikel, der bei der notorischen Neigung des Angeklagten, zu beleidigen, zu einer infamen Beleidigung wird, die geeignet ist, die Breslauer Staatsanwaltschaft und die erste Strafkammer in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. § 193 steht dem Angeklagten nicht zur Seite. Dagegen spricht die Tendenz der „Volkswacht", die zwar immer tadelt, für Behörden aber noch nie ein anerkennendes Wort gehabt hat. Ich beantrage als angemessene Sühne 6 Monate Gefängniß und die üblichen Nebenstrafen.

Der Vertheidiger wendet sich zunächst gegen die Behauptung der Staatsanwaltschaft, die „Volkswacht" stehe stets feindlich den Behörden gegenüber. Nicht der Schatten eines Beweises sei erbracht. Er beantragt, sämmtliche Nummern der „Volkswacht" vom Tage des Erscheinens an, vorzulegen, um festzustellen, daß die Behörden in vielen Fällen auch gelobt werden. Der Antrag wird abgelehnt. Nun fährt Dr. Liebknecht fort: Der Staatsanwalt hat auch die Seelenvorgänge kennen wollen, die sich bei Fassung des Artikels im Innern des Angeklagten abspielten. Das macht dem patologischen Verständniß des Herrn Staatsanwalts alle Ehre, und wenn es ihm nicht gelungen ist, so liegt die Schuld nur daran, daß es ungeheuer schwer ist, sich in die Seele eines Verbrechers hinein zu versetzen. Als der Vertheidiger den Gedankengang eines Sozialdemokraten klar zu machen versucht, wird er vom Vorsitzenden aufgefordert, zur Sache zurückzukommen, da die vorgetragenen Deduktionen nicht die Gedanken des Angeklagten seien. Darauf weist Liebknecht nach, wie falsch es ist, zu deduziren, der Artikel „Stützen der Gesellschaft" rechtfertige ein anderes Vorgehen gegen Klühs wie gegen die Berliner Redakteure, daß Klühs die Absicht der Beleidigung gehabt hat, muß bestritten werden. Als er den Artikel brachte, war er mit Recht im guten Glauben an die Wahrheit des Ereignisses. So wie er aber erfuhr, er sei falsch berichtet, hat er sich sofort entschuldigt. Wie der Staatsanwalt aus dem Entschuldigungsbriefe auf die von vornherein vorhandene Absicht der Beleidigung schließen konnte, ist ganz unverständlich. Auch die Fassung der Anklageschrift für die Staatsanwaltschaft, gegen Klühs anders vorzugehen, als gegen die Berliner Redakteure. Uebrigens kann es doch keine Beleidigung sein, wenn behauptet wird, der Breslauer Staatsanwalt habe das gethan, was der Berliner thatsächlich gethan hat. Der Staatsanwalt ist gegen den sozialdemokratischen Redakteur anders verfahren, wie gegen bürgerliche Kreise und damit hat er nach der Anschauung seiner Kreise seine Pflicht gethan. Wenn man aber von Jemandem sagt, er thut seine Pflicht, so ist das doch keine Beleidigung. Das Recht, sich darüber zu beklagen, daß diese Pflichterfüllung ihn zu Unrecht trifft, steht wohl dem Angeklagten ebenso zu, wie jedem Menschen.

Der Angeklagte ist fast genau beim objektiven Thatbestand geblieben. Nur darin hat er sich geirrt, daß er annahm, der Breslauer Staatsanwalt habe auf den Privatklageweg verwiesen. Das konnte er mit gutem Recht, umsomehr, da er von der Verfügung vom 5. Januar 1897 nichts wissen konnte. Mir steht der Verstand still, wenn der Staatsanwalt behauptet, der Beklagte habe sich einer gemeinen Beleidigung schuldig gemacht. Wenn Jemand sieht, daß trotz des Grundsatzes: Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich, zweierlei Recht zur Anwendung kommt, und er sucht durch seine Kritik dieses Zustandes die Beseitigung desselben anzubahnen, so ist das zweifellos ein Streben, das ideale, nicht gemeine Gesinnung voraussetzt.

Bezüglich des § 193 hat der Angeklagte nur die Thatsache konstatirt, daß Sozialdemokraten gegenüber dieser Paragraph niemals im gleichen Umfange angewandt worden ist, wie gegen die drei Berliner Redakteure. Nach der Unterstellung des Gerichts ist dies erwiesen. Im Nachsatze ist nur der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine derartige Anwendung des § 193 in der Zukunft auch sozialdemokratischen Redakteuren gegenüber Platz greifen möge. Wenn man aber eine Besserung anstrebt, so beleidigt man doch Niemand. Dem Angeklagten ist es nur darauf angekommen, festzustellen, daß die Judikatur der heutigen Richter von bestimmten Klassenanschauungen, welche nicht die des Angeklagten sind, diktirt wird.

Den Angeklagten schützt aber auch § 193. Ich beantrage aus allen diesen Gründen prinzipiell Freisprechung, eventuell aber bei der idealen Absicht, die der Angeklagte gehabt hat, auf Geldstrafe zu erkennen.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Zwar sei in dem Artikel, so wurde in der Begründung ausgeführt, objektiv eine schwere Beleidigung. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte den Richtern und der Staatsanwaltschaft ein „wissentlich und geflissentlich" parteiisches Verhalten gegenüber den Sozialdemokraten habe vorwerfen wollen. Indeß stehe ihm der Schutz des § 193 zur Seite. Er habe hier um seine eigene persönliche Sache gekämpft und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Da auch die Form nicht verletzt sei, so habe auf Freisprechung erkannt werden müssen.

In der Sache wegen Beleidigung des Amtsboten aus Czuchow erklärte der Angeklagte, daß er die Notiz aus einem Berliner konservativen Blatte genommen hätte. Auch oberschlesische Blätter hätten diese Notiz gebracht. Weiter wies Klühs auf die freiwillig gebrachte Richtigstellung hin. Durch Vernehmung des Amtsboten wurde der Vorgang, der vermuthlich der Schilderung zu Grunde liegt, folgendermaßen aufgeklärt: Burziwoda hatte thatsächlich einen Mann verhaftet, und da derselbe nicht gutwillig mitging, ihm die Hände auf den Rücken gebunden. Der Mann hatte sich losgerissen und war in ein Tanzlokal gelaufen, wohin ihm der Amtsbote folgte, um ihn von dort wieder wegzuholen. Eine Pflichtwidrigkeit habe er als Amtsbote nicht begangen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Klühs drei Monate Gefängniß. Das Gericht ließ die Thatsachen, daß die „Volkswacht" jene Notiz in gutem Glauben aus bürgerlichen Blättern abgedruckt hatte, als Milderungsgrund nicht gelten, sondern erkannte auf sechs Wochen Gefängniß. Ueber den Fall der Beleidigung der Staatsanwaltschaft in Gleiwitz werden wir morgen ausführlich berichten.

Der Vorwurf, der in der Notiz aus Königshütte gegen einen dortigen Polizei-Sergeanten erhoben wurde, konnte nicht in vollem Umfange als gerechtfertigt nachgewiesen werden. Wie auch die dem Angeklagten benannten Entlastungszeugen bekundeten, hat der Polizeisergeant die Frau nicht gestoßen, sondern nur am Arme gepackt, um sie zu verhaften. Der Staatsanwalt hielt 6 Wochen Gefängniß für angebracht, während der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Paul Hein, treffend darlegte, daß der Angeklagte in bestem Glauben und bester Absicht gehandelt habe. Bei dem allgemeinen Interesse, das polizeiliche Ueberschreitungen der Amtsbefugniß erheischen, habe auch der Angeklagte seine eigenen berechtigten Interessen wahrgenommen. Das Gericht folgte indessen dem Antrage auf Freisprechung nicht, sondern erkannte auf einen Monat Zusatzstrafe.

Nachts 12½ Uhr erklärte Genosse Klühs, daß er nicht mehr im Stande sei, der Verhandlung zu folgen, da er körperlich durchaus erschöpft sei. Das Gericht vertagte deshalb die Verhandlung der letzten Sache auf den 18. Februar, 10¼ Uhr.

K. L. **Wahrnehmung berechtigter Interessen.** Aus Leipzig wird uns geschrieben: Das Landgericht Breslau hat am 22. Oktober v. J. den Redakteur der „Volkswacht", Franz Klühs, wegen Beleidigung des in Waldenburg (Schl.) bestehenden Vereins zur Förderung des Wohles der Arbeiterklasse zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Der genannte Verein giebt ein eigenes Blatt mit dem Titel „Der Feierabend" heraus. Dieses Blatt befand sich mit dem Blatte des Angeklagten in einer Preßfehde und gelegentlich einer Erwiderung wurde in der „Volkswacht" und der ebenfalls von dem Angeklagten verantwortlich redigirten Wahrheit der „Feierabend" als Organ des Vereins zur Förderung des Unwohls der Arbeiterklasse bezeichnet. In dieser Bezeichnung hat das Gericht eine Ehrenkränkung sämmtlicher Mitglieder jenes Vereins erblickt und es hat auf den gestellten Strafantrag hin wie erwähnt erkannt. — Die Revision des Angeklagten, welche heute vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kam, wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Sehr dürftig sei die Feststellung begründet, daß der Artikel beleidigend sei. Die Zwecke und Ziele des Vereins seien noch nicht die aller Mitglieder, wie das Gericht anzunehmen scheine. Dann aber scheine das Landgericht den § 193 verkannt zu haben. Dasselbe habe dem Angeklagten den Schutz dieses Paragraphen an sich dem Blatte „Feierabend" gegenüber zugebilligt; es sage dann aber, um dem Angeklagten den Schutz nicht zu Theil werden zu lassen, der Angriff des Angeklagten richte sich gegen den Verein. Hierbei übersehe das Gericht vollständig, daß der „Feierabend" das Organ jenes Vereins ist. — Das Reichsgericht glaubte jedoch, wie wir bereits berichteten, diesen Bedenken nicht beitreten zu sollen und erkannte auf Verwerfung der Revision.

* **Harte Strafen** bekamen am Sonnabend einige andere Genossen. Zur selben Zeit als Klühs vor dem Kadi stand, hatten sich 5 Arbeiter, Rößler, Reis, Magnis, Hermstadt und Lindner wegen Streikvergehen (§ 153 der G.-O.) vor dem Schöffengericht zu verantworten, letzterer Beiden noch wegen Hausfriedensbruches. Den Angeklagten war zur Last gelegt worden, durch Anwendung körperlichen Zwanges, Drohung und Ehrverletzung Arbeiter zur Einstellung der Arbeit behufs Erlangung günstigerer Lohnbedingungen veranlaßt zu haben. Der Thatbestand ist folgender. Im August v. J. hörte Rößler, der [illegible]

Statt 45 Pf. erhielten die Maurer nur 38 Pf. pro Stunde. Rösler hielt sich sowohl im Interesse des Verbandes wie auch in dem des Arbeitgeberbundes für verpflichtet, hier einzugreifen. Er machte dem Unternehmer über die niedrige Entlohnung Vorstellungen, indem er ihn auf die zwischen dem Arbeitgeberbunde und der Maurerorganisation vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen aufmerksam machte und ersuchte, sich an dieselben zu halten, da doch Pöpelwitz zur Stadt gehöre. Siegert wollte davon jedoch nichts wissen, er gehöre dem Bunde der Baugewerksmeister nicht an, er mache, was er wolle. Rösler hielt darauf in Vissa, von dort waren die Arbeiter, eine Versammlung ab, in welcher er den Kollegen die Nothwendigkeit vor Augen führte, sich dem Verbande anzuschließen und nur zu denselben Bedingungen zu arbeiten, wie ihre Breslauer Kollegen. Da Siegert sich weigerte, den Lohn zu erhöhen, wurde über den Bau die Sperre verhängt und 4—5 Arbeiter verließen den Platz. Dabei solle es aber zu Ungehörigkeiten gekommen sein. Wie der Unternehmer vor Gericht eidlich bekundete, soll Rösler erklärt haben, er werde ihn zwingen, die Bedingungen einzuhalten und die übrigen Zeugen sagten aus, Rößler, Reis und Magnis sollen die Hände erhoben und geäußert haben: „Wartet nur!" Dadurch wären sie eingeschüchtert worden, denn sie hätten geglaubt, sie würden, wenn sie weiter gearbeitet, tüchtig verhauen werden. Der Zeuge Jonas bekundete noch, Reis hätte vor ihm ausgespuckt. Die Angeklagten bestritten jede Schuld; Rösler erklärte, er habe in der Sache gethan, was als Vorsitzender der Organisation seine Pflicht war, also in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Drohungen habe er nicht ausgestoßen, er wisse, wie weit er zu gehen habe. Wenn auswärtige Unternehmer die Löhne herunterdrücken, dann bleiben die hiesigen Meister nicht konkurrenzfähig, und dann haben die Arbeiter die Schuld zu tragen. Dieser Umstand müsse doch Berücksichtigung finden. Reis und Magnis betheuerten ebenfalls, weder gedroht noch sich sonst gegen § 153 vergangen zu haben. Der Staatsanwalt hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht und beantragte gegen Rösler und Reis drei Monate, gegen Magnis zwei Monate und gegen Hermstadt und Lindner, welche beschuldigt waren, die Baustelle betreten und sich nicht sogleich entfernt zu haben, je eine Woche Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte gemäß dem Antrage. Nach den einwandsfreien Aussagen der Zeugen stehe fest, daß die Angeklagten sich gegen § 153 der Gewerbeordnung vergangen haben. Siegert gehöre dem Bunde nicht an, er brauchte sich nach den Bedingungen nicht zu richten; wenn er Leute fand, die billiger arbeiten wollten, so dürften ihm Hindernisse nicht in den Weg gelegt werden.

* **Auf die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins,** die morgen, Dienstag, Abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet, weisen wir hierdurch noch einmal hin. Die Mitglieder sollten sich daran recht zahlreich betheiligen.

* **Die nächste Töpferversammlung** findet Mittwoch Abend im Gewerkschaftshause statt, da die gestrige die Tagesordnung wegen der Wählerversammlung nicht zu Ende führen konnte.

* **Herr Subdirektor Zscharn.** Bekanntlich hat die Breslauer Haus- und Baugenossenschaft, dessen Vorsitzender Ingenieur A. Werner ist, sich Anfang 1901 von dem 1. Breslauer Wohnungsmieter-Verein losgelöst und den Vorsitzenden des Aufsichtsrathes, „Subdirektor" Th. Zscharn aus der Genossenschaft ausgestoßen. Werner, ein in Ehren ergrauter Herr von 65 Jahren, der bis dahin im Freundschaftsverhältniß zu Zscharn gestanden hatte, verfiel von dieser Zeit an bei Letzterem nicht nur in Ungnade, sondern er wurde von Zscharn sogar bei der Staatsanwaltschaft in mehreren Fällen falsch denunzirt. Werner beschritt deshalb den Klageweg und wurde Zscharn am 23. d. Mts. vom Schöffengericht zu 6 Mk. verurtheilt.

ar. **Der Volkslieder-Abend** des Humboldt-Vereins hatte am Donnerstag Abend den großen Saal des Konzerthauses bis zum letzten Platz gefüllt. Und volle 2½ Stunden hielten die Besucher und Besucherinnen — letztere in der großen Mehrheit — im Saale aus und haben sich offenbar ganz trefflich unterhalten. Ueber zwei Stunden Volkslieder anhören, ohne sich zu langweilen, daß ist für unsere modernen Großstädter schon etwas und spricht jedenfalls für ihre durch raffinirte Großstadtgenüsse nicht abgestumpfte Fähigkeit, einfache, natürliche Freuden zu genießen. Eingeleitet wurde der Abend durch einen Vortrag über Volkslieder, gehalten von Herrn Oberlehrer Dr. Jantzen. Das an sich überaus dankbare Thema konnte in der Behandlung, die ihm vom Vortragenden wurde, die Zuhörer nicht erwärmen. Dafür entschädigte die Zuhörer aber reichlich das dann folgende Programm. Ein vortreffliches Bläserquartett — die Herren Jordan, Hermann, Wustig und Weigelt — brachte eine Reihe wunderschöner Volkslieder zum Vortrag, Fräulein Schwabbauer sang in schlichtinniger Weise und mit wohllautender Stimme Volkslieder und ebenso trug der rühmlichst bekannte Männergesangverein „Fidelio" Volkslieder, ernste und fröhliche Weisen, vor. Dazwischen gab es allgemeine, vom Publikum mitgesungene Volkslieder — kurz, es war ein wohlgelungener Abend, für den der Leiter desselben, der unermüdliche Herr Ludwig Sittenfeld, Dank und Anerkennung verdient.

* **Das Messer in Oberschlesien.** Der „Bresl. Zeitung" wird berichtet: Als Sonnabend Abend gegen 8 Uhr der etwa 20jährige Arbeiter Paul Sdrzydlo auf der Breiswitzerstraße mit einem Mädchen spazieren ging, drängte sich der Maschinenheller Robert Watzlaf hinzu und wurde von Sdrzydlo zurückgestoßen. Hierüber erbost, griff Watzlaf zum Messer und stieß es dem Sdrzydlo in den Hals. Der Stich durchschnitt die Halsader und tödtete den Getroffenen in wenigen Minuten. Der Thäter stellte sich eine Stunde später selbst auf der Polizeiwache freiwillig und ließ sich verhaften.

W. **Freie Turnerschaft.** (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.) Am Dienstag fand im Gewerkschaftshause die statutenmäßige General-Versammlung statt, die sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Nach Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern und Verlesung des Protokolls der letzten Monats-Versammlung erstattete der Vorsitzende, Turngenosse Aust, den Bericht seit dem Bestehen des Vereins. Aus demselben ist zu entnehmen, daß der Verein am 19. Juni mit 14 Mitgliedern gegründet wurde. Jetzt ist der Mitgliederbestand auf 50 angewachsen. Sind die bisherigen Fortschritte als erfreuliche zu bezeichnen, so sei aber doch in Bezug auf die Werbung neuer Mitglieder noch viel mehr zu thun und hoffentlich schließe das jetzt folgende Jahr mit einem erheblich größeren Zuwachs ab. — Der Bericht des ersten Turnwarts, Turngenossen Buchwald, ergab, daß im ersten Quartal durchschnittlich 11 Mitglieder an 21 Abenden, und im zweiten Quartal durchschnittlich 17 Mitglieder an 24 Abenden turnten. — Die Freie Turnerschaft verfügt augenblicklich über folgende Geräthe: Reck, Barren, Pferd, Springständer, Hanteln, Stäbe, Springbretter, Matratzen und einen Spielball, deren Anschaffungswerth ca. 500 Mk. beträgt. — Die dem Geschäftsbericht des Gesammtvorstandes folgende Diskussion gestaltete sich zu einer recht lebhaften, und zeigte, mit welchem regen Eifer die Mitglieder der Freien Turnerschaft bei ihrer Sache sind. — Die nun folgende Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Gewählt wurden als erster Vorsitzender Turngenosse Aust, zweiter Vorsitzender Frey, Kassenwart Rinke, Schriftwart Stephanski, erster Turnwart Buchwald, zweiter Turnwart Schramm, erster Geräthewart Duske, zweiter Geräthewart Fritz Wolff. Als Revisoren wurden die Turngenossen Preger und Reimann gewählt. — Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und der Mittheilung, daß die für Sonntag, den 26. Januar, angesetzte Turnfahrt, zu welcher Gäste gern gesehen sind, auf den nächstfolgenden Sonntag, den 2. Februar, verschoben wird, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. — Genossen, welche der Freien Turnerschaft beitreten wollen, können sich an den Turnstunden, welche im Gewerkschaftshause stattfinden, zur Aufnahme melden. — Ferner sei an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß die Freie Turnerschaft auch eine Zöglingsabtheilung besitzt.

Zobten, 19. Januar. Vom Zobtenberg. Der Plan des Zobtengebirgsvereins, den Thurm der Kapelle auf dem Zobtenberge mit einer Gallerie zu umgeben, um so den Bergbesuchern einen schönen, weiten Rundblick ins Schlesierland zu schaffen, ist von der zuständigen kirchlichen Behörde genehmigt worden.

Schweidnitz, 21. Januar. Majestätsbeleidigung. Von der Strafkammer wurde gestern der elf Mal wegen Majestätsbeleidigung vorbestrafte Schneider Ferdinand Jacoby zum 12. Male wegen desselben Vergehens zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt.

Reichenbach, 21. Januar. Bahnhofsumbau. Die baulichen Veränderungen auf dem hiesigen Staatsbahnhofe sind nunmehr beendet. Zunächst ist hiervon zu erwähnen die Anlage einer neuen, sehr kostspieligen Drehscheibe, während die alte kassirt wurde, ferner der Neubau eines Lokomotivschuppens für acht Maschinen, eine neue Kohlenrampe und die Anlage von zwei neuen Gleisen zum Wegsetzen der Wagen. Es mag dies als Beweis dienen, in welchem Maße sich der Eisenbahnverkehr hier gesteigert hat. Schwerlich dürfte Reichenbach unter den neu in die erste Klasse versetzten Eisenbahnstationen den letzten Platz einnehmen. Der Zukunft bleibt die Schaffung einer besonderen großen Güterabfertigungsanlage auf Klinkenhausrevier, sowie der Bau einer größeren Reparaturwerkstätte vorbehalten.

Grünberg, 22. Januar. Erschossen hat sich vorgestern Abend hier der Kaufmann Georg Eckarth. Herr Eckarth war Prokurist der bekannten Weinfirma Otto Eckarth und eine allgemein beliebte Persönlichkeit. Der Unglückliche beschäftigte sich viel mit der Kostümkunde. Seinen rastlosen Bemühungen ist es daher auch hauptsächlich zu danken gewesen, daß im Herbst 1900 das Weinbau-Jubiläum so glänzend verlief, und namentlich der historische Festzug zu brillantester Durchführung kam. Ueber die Veranlassung zu dem verhängnißvollen Schritt kann Bestimmtes noch nicht mitgetheilt werden.

Sagan, 19. Januar. Schlägerei. — Das Messer. — Verhaftung. Zwischen etwa 20 Arbeitern einer hiesigen Tuchfabrik war es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen, die schon im Fabrikhofe zu Thätlichkeiten ausarteten, nach Feierabend sogar eine blutige Schlägerei in und bei der Schiller'schen Destillation herbeiführten. Man schlug mit Gläsern, Flaschen, Stühlen ꝛc. und demolirte dem Kaufmann Sch. das Lokal. Die Polizei nahm vier Verhaftungen vor. Dem einen Arbeiter war das Gesicht förmlich zerschnitten, andere hatten am Kopfe erhebliche Verletzungen. — Im Streit stach gestern Nachmittag der Arbeiter Baumgarten den Landwirth Hanke mit einem Messer und verletzte ihn schwer. — Aufsehen erregte am Sonnabend Nachmittag die Verhaftung des Stadt-Hauptkassen-Assistenten Engelmann wegen Vergehens im Amte. Der Genannte hat im September v. J. eine 675 Mk. betragende Geldsendung an einen Steinbruchsbesitzer unterschlagen, die Postquittung gefälscht und das Geld in seinem Nutzen verwendet. Die Unterschlagung kam ans Tageslicht, als der Steinbruchsbesitzer persönlich hier erschien, und um Ausgleich seiner Rechnung ersuchte. E. hat, wie er selbst eingestanden, das Geld zum Theil verspielt.

Ratibor, 24. Januar. Feuer. In Folge Brandstiftung ist in Petrzkowitz hiesigen Kreises die Scheune des Bauern Benjamin Kroker mit allen Erntevorräthen und Maschinen niedergebrannt.

n. **Neustadt OS.,** 23. Januar. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Felsmann'schen Familie Untere Mühlstraße hier. Beim Anzünden eines Spiritusbrenners schlug die Flamme in die Flasche, dieselbe explodirte und setzte die Kleider der Frau F., die beim Haarbrennen war, und ihres mitbeschäftigten Bedienungsmädchens in Brand. Letztere rannte in der Angst auf die Straße, wo von Passanten die Flammen erstickt wurden. Beide Verunglückten befinden sich in Lebensgefahr.

— Selbstmord. Der Rentier Louis Caspari von hier hat heut Vormittag durch Erschießen seinem Leben ein vorzeitiges Ende gemacht. Der Mann wird allgemein bedauert. Er steht im Greisenalter und die Verzweiflung trieb ihn jetzt in den Tod, da er durch den Konkurs seines Sohnes in Schulden gerathen ist.

— Die bekannten Getreide-Diebstähle wurden heute in der Strafkammersitzung verhandelt. Die 6 Diebe erhielten Zuchthaus- bezw. Gefängnißstrafen von 5 Jahren bis 6 Monaten. Die Frau Vorkosthändlerin Schneider erhielt wegen Hehlerei ein Jahr Zuchthaus.

n. **Neustadt OS.,** 20. Januar. Christliche Gewerkschaft. In unserer Stadt haben die neutralen Verbände besonders der Maurer-Verband an Mitgliederzahl sehr zugenommen und mit Erfolg schon am hiesigen Kasernenbau in mehreren Streiks gekämpft. Um nun diesen sogenannten sozialdemokratischen Verbänden entgegenzutreten, haben sich am hiesigen Ort 15 fromme Schäflein gefunden, welche gesinnt sind, die hiesigen Bauhandwerker christlich zu organisiren. Wie wir erfahren, findet Sonnabend, den 25. Januar, im Saale des katholischen Gesellenhauses eine öffentliche Versammlung der christlichen Bauhandwerker statt, in welcher auch ein auswärtiger Redner sprechen wird.

Rawitsch, 20. Januar. Ein Unglücksfall ereignete sich in der Bürstenfabrik von Julius Loewy, hierselbst. Donnerstag Nachmittag wollte der daselbst als Holzarbeiter beschäftigte circa 20 Jahre alte Bruno Kube über eine im Gange befindliche Welle den Treibriemen legen, dabei gerieth er mit dem linken Arm in die Welle, welche ihm beide Knochen des Unterarmes nahe am Ellbogen brach.

Neueste Nachrichten.

Vom Burenkrieg.

In der Nacht zum Sonntag begaben sich mehrere Agenten des Nachrichtenbureaus in eine bei Lydenburg belegene Farm, in der Hoffnung, dort den als Zerstörer von Eisenbahnzügen bekannten Hindon zu fangen. Hindon war jedoch abwesend, es wurden aber Ben Viljoen und zwei seiner Adjutanten gefangen genommen. — In derselben Nacht machte Oberst Wilson bei Strydom 20 Gefangene, welche jedoch am folgenden Morgen, als Wilson von einer starken Burenmacht unter Alberts und Roß angegriffen wurde, während des Kampfes, mit Ausnahme von dreien wieder entkamen oder erschossen wurden. Die Buren wurden zurückgeschlagen und verloren 10 Todte und erbaten nachher ärztliche Hülfe. Die Verluste der Engländer betrugen 3 Todte und 5 Verwundete. — Bruce Hamilton machte am 24. d. M. bei Boschmansfontein 12 Gefangene; 12 bewaffnete Buren ergaben sich an demselben Tage bei Irene.

Der Boerenkommandant Beyers, welcher sich seit einiger Zeit in der Nähe von Pietersburg befand, drang am 22. d. Mts. in ein Konzentrationslager ein und nahm eine große Anzahl von dort untergebrachten Burghers mit sich. Freitag früh griff derselbe Pietersburg an, offenbar in der Absicht, für seine neu gewonnenen Mannschaften sich Gewehre und Pferde zu verschaffen. Er wurde jedoch mit einem Verlust von drei Todten und drei Verwundeten zurückgeschlagen.

In einer Depesche Lord Kitchener's vom 26. d. Mts. wird die Gefangennahme des Generals Ben Viljoen bestätigt und hinzugefügt, daß diese Gefangennahme ohne Zweifel auf die Boeren einen großen Eindruck machen wird.

Briefkasten.

Kn. H. Wird in der nächsten Quittung berichtigt.

O. Z., Bunzlau. Allerdings hat Ihre Frau durch die Verheirathung ihre bisherige Staatsangehörigkeit verloren und nunmehr die des Ehemannes. Das Gleiche gilt von Ihrem Sohne. Sie müssen also, wenn Sie die preußische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, diese nicht nur für sich, sondern auch für Frau und Kinder nachsuchen. Mit diesem Verlangen ist die Behörde ganz im Rechte. Versagt kann Ihnen als Reichsangehörigen preußische Staatsangehörigkeit nicht werden, sofern Sie bürgerlich unbescholten sind.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 27. Januar:
Gesangverein „Frisia". Zimmer **Nr. 1.**
Handelshilfsarbeiter. Zimmer **Nr. 1.**
Schuhmacher-Verband. Zimmer **Nr. 2.**
Sattler-Krankenkasse. Zimmer **Nr. 5.**
Schneider-Verband. Zimmer **Nr. 6.**

Dienstag, den 28. Januar:
Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im großen Saale.
Zimmerer-Gesang-Verein. Zimmer **Nr. 3.**

Mittwoch, den 29. Januar:
Arbeiter-Radfahrer-Verein. Zimmer **Nr. 2.**
Maurer-Gesang-Verein. Zimmer **Nr. 3.**
Goldschmiede-Krankenkasse. Zimmer **Nr. 6.**

Donnerstag, den 30. Januar:
Maler-Verband. Zimmer **Nr. 2.**
Former-Männer-Gesangverein. Zimmer **Nr. 3.**

Freitag, den 31. Januar:
Holzarbeiter-Verband. Zimmer **Nr. 1.**
Gesangverein Vorwärts. Zimmer **Nr. 3.**

Sonnabend, den 1. Februar:
Tapezirer-Verband. Maskenball.

Versammlungen und Vereine.

Goldberg. **Arbeiter-Verein für Goldberg und Umgegend.** Sonnabend, den 1. Februar, Abends 8 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** im Gasthof „Zum neuen Hause". Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Vorlesung über „Worte und Thaten des arbeiterfreundlichen Zentrums". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.
Gäste sehr willkommen.

Stadt-Theater.
Montag,
bei festlich beleuchtetem Hause:
„Lohengrin".

Lobe-Theater.
Montag:
Gastspiel **Emanuel Reicher.**
„Agnes Jordan."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Mittwoch:
Gruppe G. 3. Vorstellung.
„Die Schmetterlingsschlacht."

Zeltgarten.
Allabendlich 9½ Uhr.
Phänomenal! Verblüffend!
Thurston!
Amerikas erster Kartenkünstler,
sowie d. übrigen Specialitäten des phänomenalen
Januar-Programms.
Im Tunnel:
Tägl. großes Frei-Concert bis 12 Uhr der berühmten Tanzkapelle Beltklewicz.

Billige 1345
Cigarren, Cigaretten und Tabake
empfiehlt
Johann Gregor, Ludwigstr. 2.

Socialdemokratischer Verein.
Dienstag, den 28. Januar 1902, Abends Punkt 8½ Uhr:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Bericht der Preßkommission.
4. Neuwahl der Preßkommission.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**
Mitgliedsbücher legitimiren zum Eintritt.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Gastspiel der Budapester.
Heute d. Sensationsposse:
Fall Sternheim
vorher:
„Familie Knopfloch".
Neu:
Humoristisch **J. Fleischmann.**

Gewerkschaftshaus.
Morgen Dienstag, Abends von 7 Uhr an:
„Erbsensuppe mit Schweineohren".
87 **H. Neuberger.**

5 Pfg.-Sumatra-Cigarren,
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich im Brand und Geschmack,
100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme
Cigarren-Fabrik E. Lampke, vorm. A. Kirschner,
Fabrik und Haupt-Geschäft: 1099
Breslau, Ressplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstr. 16, Ecke Schweidnitzerstraße, Hummerei
Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77,
Neu eröffnet: Sandstraße 22.

Verantwortlicher Redakteur für den lokalen und provinziellen Theil und die Inserate: Gustav Bartelt, [illegible]